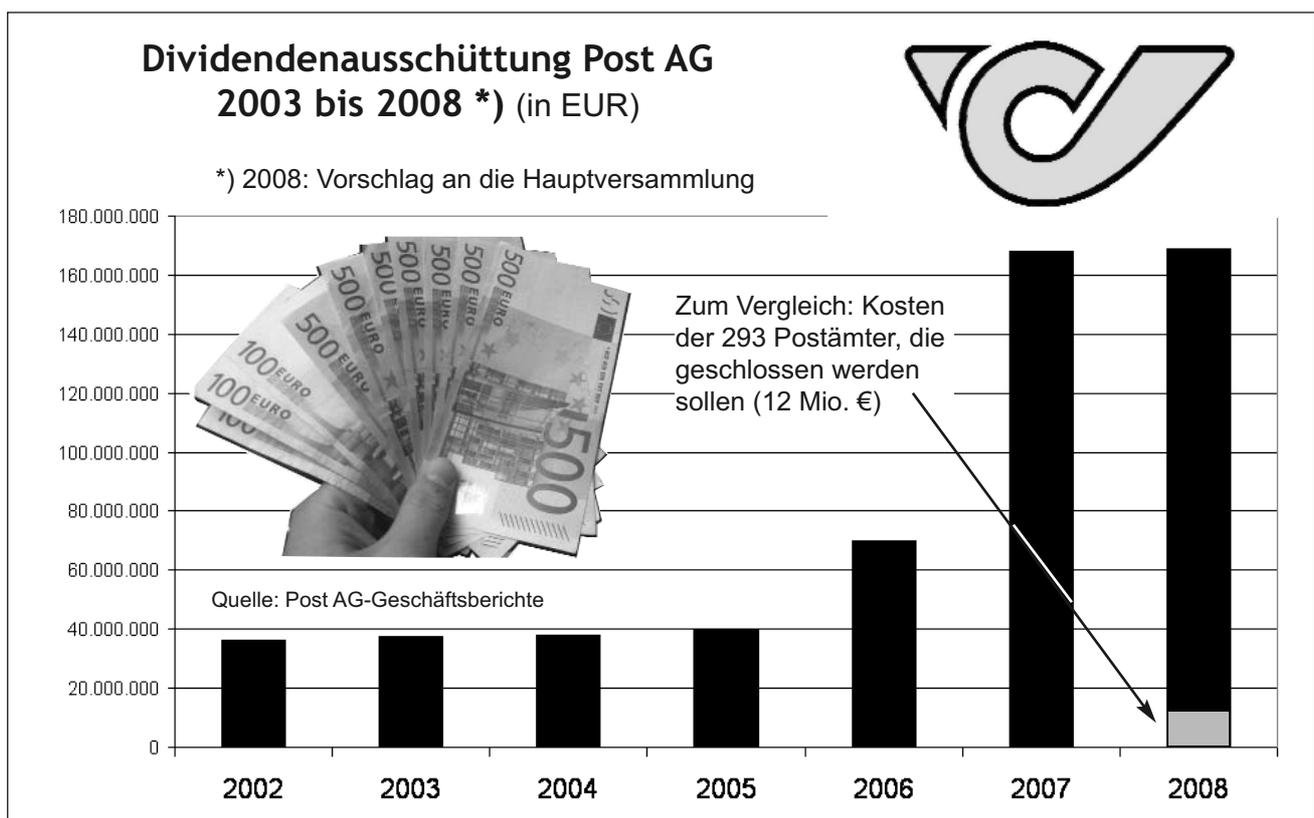


## Post AG: Skandalöse Sonderdividenden auf Kosten von Beschäftigten und Postämtern

**Im Jahr 2007 wurde das 14-fache dessen an Dividende ausgeschüttet, was die 293 Postämter kosten, die der Postvorstand schließen will! Mit Dividenden weit über dem Gewinn wird die Substanz der Post ausgehöhlt!**

Der Post-Vorstand hat angekündigt, weitere 293 Postämter zu schließen. Damit würde das Filialnetz der Post auf rd. 1.000 absinken, das sind 60% weniger als noch im Jahr 2000. Im selben Zeitraum wurden 10.000 Arbeitsplätze „abgebaut“ (minus 27,5%). Während die Post Beschäftigte abbaut bzw. den Druck auf sie ständig erhöht und das Leistungsangebot für die KundInnen, insbesondere im ländlichen Raum, immer schlechter wird, werden die Aktionäre seit der Teilprivatisierung mit fürstlichen Dividenden bedient:

- Die an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende hat sich alleine zwischen 2005 und 2007 **mehr als vierfacht**, von 40 Millionen auf 168 Millionen €. 2008 will der Vorstand eine ähnlich hohe Dividende zahlen.
- Im Jahr 2007 wurde eine Sonderdividende ausbezahlt, sodass **um 37% mehr Geld an die Aktionäre ausgeschüttet wurde, als Gewinn erzielt** wurde; 2008 wären es sogar **42% mehr**. Über 7% des gesamten Umsatzes geht an die Aktionäre. Damit wird letztlich die wirtschaftliche Substanz der Post ausgehöhlt.
- 2007 wurde eine Dividende an die Aktionäre ausbezahlt, die das **14-fache dessen beträgt, was die 293 Postämter kosten**, die der Vorstand jetzt schließen will! Auch das soll sich 2008 wiederholen, wenn



es nach dem Willen des Vorstands geht. Um diese Dividende könnte die Arbeit jedes Postbeschäftigten um 6 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich gesenkt werden können.

**Auslöser: EU-Liberalisierung.** Die (Teil-)privatisierung der Post im Jahr 2006 hat den Dividendendruck enorm erhöht. Auslöser dieser neoliberalen Dynamik, die bereits ab Ende der 90er Jahre vorangetrieben wird, ist die EU-Liberalisierungspolitik, die den Postmarkt schrittweise für privates Kapital öffnet. Damit kann eine Politik, die wohl in vielen Ländern auf parlamentarischen Weg nie und nimmer mehrheitsfähig wäre, den einzelnen EU-Staaten aufgezwungen werden. Selbst wenn alle österreichischen RepräsentantInnen im Rat (rd. 3% Stimmgewicht) und EU-Parlament (2,3 % der Stimmen) dagegen wären (sie waren es im Fall der Postliberalisierung nicht!), kann über die ganze Bevölkerung drübergefahren werden. Und auch Rat und EU-Parlament können nur über Vorlagen befinden, die von der demokratisch kaum belangbaren EU-Kommission vorgeschlagen werden. Damit wird die Liberalisierungspolitik faktisch unumkehrbar gemacht.

**Schweiz: Doppelt soviele Postämter bei halber Fläche.** Ein Blick in das Nicht-EU-Land Schweiz zeigt, wo der Unterschied liegt. Obwohl die Schweiz flächenmäßig nur halb so groß wie Österreich ist und eine halbe Millionen EinwohnerInnen weniger hat, gibt es in der Schweiz mit **2.600 Postfilialen** doppelt so viele wie in Österreich. Die Schweizer Post, die zu 100% im staatlichen Eigentum steht, **beschäftigt doppelt so viele Menschen** wie die österreichische und ist damit einer der größten Arbeitgeber im Land. Freilich versuchen auch die Schweizer Eliten die EU-Liberalisierungspolitik mit Zeitverzögerung in die Schweiz zu importieren. Die Regierung möchte ebenfalls 2012 die Liberalisierung der Postmärkte durchziehen. Und doch welcher Unterschied: **Während in Österreich kein Mensch gefragt wird, ob er/sie die Postdienste dem totalen Markt unterwerfen will, werden die SchweizerInnen in einer Volksabstimmung darüber entscheiden können, ob sie dem Willen ihrer Regierung folgen oder nicht.** Einmal mehr zeigt sich: Ohne Bruch mit dem EU-Liberalisierungszwang, ohne Aufwertung der direkten Demokratie wird es keine demokratische und solidarische Wende geben.

Die Werkstatt Frieden & Solidarität fordert daher:

- ▶ **Keine Postamtsschließungen! Die Kosten der 293 bedrohten Postämter machen nur einen Bruchteil der an den Staat ausbezahlten Dividende aus!**
- ▶ **Rücknahme der Postprivatisierung - Investitionen in das Unternehmen, Verbesserung und Ausbau der Post-Dienstleistungen statt großzügige Dividenden für die Aktionäre!**
- ▶ **Keine Umsetzung der EU-Postliberalisierung ohne Volksabstimmung!**

## WERKSTATT Frieden & Solidarität

für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich

Linz: Waltherstraße 15, 4020 Linz, Tel. 0732/7771094, Fax 797391, office@werkstatt.or.at  
Wien: Rosensteingasse 6/6/6, 1170 Wien, wien@werkstatt.or.at  
Salzburg: Salzburg@werkstatt.or.at  
[www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

Broschüre NEU (ab Jän. 09 lieferbar)

Finanz-, Wirtschafts-, Demokratiekrise

Wir sind Betroffene einer Politik und nicht Opfer einer Krise. Bausteine für eine demokratische Wende!

Werkstatt Frieden & Solidarität (Hg.)

EUR 3,-; Bestellung bei: office@werkstatt.or.at  
Tel. 0732/7771094

Finanzmarktkrise    Wirtschaftskrise    Arbeitslosigkeit    Armut

### Raus aus der Sackgasse!

Aus dem Inhalt

Raus aus der Sackgasse..... 2

Für eine demokratische Wende..... 3

Für den Schalkasten: Es reicht: Geld zurück!..... 4, 5

Soziale Verantwortung statt 2-Klassen-Medizin..... 6

EU-Liberalisierung als Motor für Postamtsschließungen und Personalabbau..... 6

Angriff auf Kollektivverträge..... 7

Petition "Nein zur Aushebung von Kollektivverträgen und Streikrecht!"..... 7

Publikationen..... 8

„Weil die Gesellschaft nicht ein Problem ist, das gelöst werden muss, sondern eine Chance, die geliebt werden will!“..... 8

Impressum: journal © 2008 (ISSN 1614-7434) (Verleger) & Herausgeber & Redaktion: Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, A-4020 Linz, Tel. 0732/77 1094, Fax 0732/79 73 91, E-Mail: office@werkstatt.or.at, Internet: www.werkstatt.or.at, Herausgeber: ION Druckvertriebs, Postfach, Adressengruppe: 02 (2020)001 M, Druckverleger: A-4020 Linz, Verlagsnummer: A-4020 Linz, F 30.

## Mitmachen für eine demokratische und solidarische Wende!

Die Werkstatt Frieden & Solidarität ist ein parteiunabhängiger Verein, der sich für einen demokratischen und solidarischen Ausweg aus der Krise engagiert. Ein wichtiger Bestandteil für eine solche Wende sind starke öffentliche Dienstleistungen in Bereichen wie Post, Energie, Wasser, öffentlicher Verkehr, Gesundheit und Bildung, die nicht der Gewinnmaximierung unterworfen werden dürfen. MitstreiterInnen sind uns herzlich willkommen!

Auf Wunsch schicken wir gerne kostenlos nähere Informationen, z. B. unsere Infozeitung "Für eine demokratische Wende!"

**Kontakt:**

**Werkstatt Frieden & Solidarität**

**Waltherstraße 15, 4020 Linz**

**Tel. 0732/7771094, Fax 0732/797391**

**e-mail: office@werkstatt.or.at**

**www.werkstatt.or.at**

Imp.: Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz